

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Gießener Universitäts- und Steindruckerei.
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 551.
Redaktion: 5512. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

249. Sitzung vom Dienstag, den 5. Mai.

Präsident Dr. Kappeler eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: von Falkenhahn.

Kurze Anfrage.

Die Abgeordneten von Webing (Welfe) und Behrens (Welfe, Opp.) richten an den Reichstagspräsident die Anfrage, ob er die Interpretation der Reichsversicherungsordnung für richtig hält, wonach einzelnen Krankenkassen, Wöchnerinnen, die erst am 1. Januar d. J. versicherungspflichtig wurden, das Wochenlohn mit der Begründung verweigern, daß sie noch nicht 6 Monate der Krankenkasse angehören.

Ministerialdirektor Gaspary: Die Frage kann nur im Wege der Rechtsprechung entschieden werden.

Es folgt dann die gestern zurückgestellte Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten zur Konkurrenzauflagefrage, wonach bei der Erfüllung der Freiheitsfragen unzulässig sein sollen.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 90 Stimmen der Antragsteller bei einer Enthaltung abgelehnt.

Petitionen.

Ueber eine Petition der Rohstoffparabereine gegen den heimischen Warenhandel wird zur Tagesordnung übergegangen.

Auf Antrag Bockermann (Nass.) werden dann eine Reihe von Petitionen von der Tagesordnung abgelehnt.

Der Militärstat.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (Nass.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Preussischer Kriegsminister von Falkenhahn:

Bei Beginn der zweiten Beratung des Militärstat. halte ich es für meine Pflicht, dem Reichstag, der die Wehrevorlage im letzten Jahre beschlossen hat, Rechenschaft zu geben, von der Art und Weise, in der sich die Wehrevorlage in die Wirklichkeit hat überführen lassen. Sie wissen also, daß es sich darum handelt, nachdem in den ersten Tagen des Juli 1913 das Wehrgesetz Wirksamkeit geworden war, bis zum Oktober die Vorbereitungen zu treffen, für 60 000 Mann und etwa 21 000 Pferde mehr als wir bis dahin gehabt hatten. Wir mußten für die Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung Vorkehrungen treffen von 26 Bataillonen, 178 einzelnen Kompanien, 7 Kavallerieregimenten, von denen eines allerdings schon früher bewilligt war, und von 43 Behörden von den ganz hohen bis zu den niedrigen herunter. Was zunächst den Mannschaftsersatz anbelangt, so ist seine Ausführung ohne jede Schwierigkeit gelungen. (Sehr lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Wir haben aber behalten im letzten Jahr noch 38 000 vollständig taugliche Mannschaften (lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien), die wir nicht mehr einstellen konnten. (Zuruf: Das nächste Mal lebhafter Beifall.) Dabei sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise herabgemindert worden. (Sehr lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Der beste Beweis dafür ist, daß in diesem Jahre bis Ende Januar von den im Herbst eingestellten Mannschaften nur vier Prozent zur Entlassung gekommen sind wegen später sich herausstellender körperlicher Fehler, während im Vorjahre noch 4,5 Prozent entlassen werden mußten. Ebenso haben wir in keiner Weise das Wohlwollen herabzumindern brauchen, das wir für diejenigen Wehrfähigen, deren bürgerliche Verhältnisse eine Befreiung vom Dienst notwendig machen, stets beibehalten haben. Wir haben in diesem Jahre 0,31 Prozent mehr befreit als im Vorjahre, wo 2,37 Prozent aller zur Vorstellung gekommenen befreit wurden. Natürlich haben wir dabei noch eine sehr erhebliche Anzahl zum Landsturm und zu den Ersatzreserven wegen geminderter Tauglichkeit zurückgestellt. Die Zahlen, die ich hier nicht nennen will, sind, wie gesagt, sehr erheblich.

Der Offiziersersatz hat zunächst natürlich eine besondere Sorge für uns gehabt, da ja Stellen im Offizierskorps vorhanden waren. Heute betragen die Stellen auf etwa 30 000 Offiziere nur noch 3000, und es ist nach der Entwicklung, die die Armee genommen haben mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß diese Stellen in wenigen Jahren — ich nehme an in zwei Jahren — vollständig gedeckt sein werden. (Beifall.) Sollte es gelingen, den Zubrang zur Offizierslaufbahn so zu erhalten, wie er augenblicklich ist, so würde dieser wünschenswerte Zustand schon früher eintreten. Bei Unteroffiziersersatz hatten wir durch die Wehrevorlage einen Bedarf von 10 000 Stellen. Hieran fehlten am 15. November, also 6 Wochen nach Bildung der neuen Truppenteile nur noch etwa 4000, und da wir nach den letzten Erfahrungen jährlich auf einen Zugang von etwa derselben Zahl von Unteroffizieren rechnen können, so würden die Stellen schon Ende dieses Jahres gedeckt sein (Sehr richtig!), wenn nicht ein neuer Bedarf eintritt.

Wie Sie aber wissen, tritt ein solcher Bedarf ein durch die Entwicklung und den weiteren Ausbau der Wehrevorlage, wie Sie beschlossen haben. Es handelt sich um 1100 Mann. Die Sache ist allerdings nicht ganz so günstig, wie sie im ersten Augenblick scheint. Wir haben nämlich aus leicht erklärlichen Gründen bei der berittenen Waffe einen Ueberschuß an Unteroffizieren, während bei der Fußtruppe sich mehr ein Mangel geltend macht. Es sind auch in dieser Etatszahl eine große Anzahl von Unteroffizieren enthalten, die zur Vorbereitung auf ihre spätere Lebenslaufbahn bestimmt sind und nicht ersetzt werden können; nicht alle, aber doch ein Teil. Sie sehen also, daß die Befürchtungen, die wie ich mich zu erinnern glaube, geäußert worden sind, sich nicht im vollen Maße erfüllt haben. Aber freilich bin ich der Ansicht, daß der Chef der Militärverwaltung nicht daran denken kann, es liege kein Anlaß vor, in dem Streben nachzulassen, die Lebensbedingungen unserer Offiziere und Unteroffiziere immer weiter zu erleichtern und zu fördern.

Zur Remontierung, zur Ausrüstung des Heeres mit Pferden darf ich zunächst bemerken, daß der Pferdebedarf von 1800 Remonten, d. h. noch nicht volljährigen Pferden, über den früheren Bedarf hinaus ohne jede Schwierigkeit gedeckt werden konnte. Von Ende August an konnten wir dann auch anfangen mit dem Ankauf von volljährigen Pferden. Es handelt sich um 17 000 Pferde, die bis Anfang November angeliefert sein mußten. Außerdem war nötig, eine beschränkte Zahl von Kalkülern, während die 17 000 nur Warmblüter waren. Das

Urteil über das Ergebnis der Ankäufe ist in der Armee im allgemeinen durchaus günstig. Freilich haben sich während des letzten Winters Seuchen in unseren Militärställen gezeigt und teilweise einen bedauerlichen Charakter angenommen. Ob daran lediglich die Einschleppung von außen her durch den Ankauf volljähriger Pferde schuldig ist, oder ob etwa die große Beschleunigung oder zu große Anspannung, die wir von Anfang an den Pferden zuteil werden ließen, die Schuld trägt, ist noch nicht klar. Jedenfalls fordern und diese Beobachtungen dazu auf, im laufenden Jahre, wo sich ja diese Anfälle wiederholen werden, wenn auch nicht in demselben Umfange, doch vorzüglicher zu sein mit der Einführung der Pferde in unsere Dienststellungen und noch vorzüglicher mit der graduellen Steigerung der Ansprüche an solche Pferde, die aus dem gewöhnlichen bürgerlichen Leben — ich will den Ausdruck einmal brauchen (Heiterkeit) — zu uns kommen.

Die Mittel, die Sie für Rekrutanten bewilligt haben, haben wir verwendet, um die Kriegsbereitschaft unserer Grenzfestungen überall in wirksamer Weise zu steigern. Wie Sie wissen, ist außerdem der Ausbau der Festungen in dem Sinne, mit dem Sie sich einverstanden erklärt haben, in Angriff genommen. Eine schwierige Aufgabe für uns war natürlich die Unterbringung der Mannschaften zur Winterzeit sicherzustellen in der kurzen Zeit von Juli bis Oktober. Es mußten — ich lege auf die Zahlen Wert — nicht weniger als 268 Groß-Panzerbatterien und mehrere hundert Kleinbatterien zur Unterbringung von Unteroffizieren und Mannschaften herangezogen werden. Die Kosten für die Unterbringung der Winterverpflegung sind im Ganzen, Holzwaren für die provisorische Unterbringung der Mannschaften wurden vom 1. Juli bis 1. Oktober erreicht für 14 Bataillone, sechs Kavallerieregimenter, 3 Artilleriebatterien, 12 einzelne Kompanien. Diese Holzwaren sind am 1. Oktober in Ordnung gewesen und haben sich ganz vortrefflich bewährt. Sie sind nach dem System gebaut, das früher schon auf den Truppenübungsplätzen erprobt war und dem wir mit den glänzenden Zustand in der Armee zu danken haben.

Anfänge in der Unterbringung sind nur in ganz wenigen Orten hervorgetreten. Die Bevölkerung selbst ist nur in einem einzigen Falle in Mitleidenschaft gezogen worden, und zwar in einer weichen Garnison, in der es nötig war, 4 Eskadronen, 3 bis höchstens 7 Tage in Quartieren unterzubringen. Es ist sehr bedauerlich, daß das vorgekommen ist. Der Grund war ein unplanmäßiger Transport von Ställen. In einer solchen Garnison waren Unstimmigkeiten dadurch entstanden, daß das sehr nasse und kalte Wetter in Ostpreußen die Fortführung der Bauten für Pferde verhindert hatte. Dort ist aber eingegriffen worden. Man hat die Truppen bis zur Fertigstellung der Bauten auf einem Truppenübungsplatz unterbringen können, so daß die Bevölkerung davon keinerlei Nachteile gespürt hat. Die Bevölkerung ist allerdings auch noch auf eine andere Art in Mitleidenschaft gezogen worden, nämlich durch die Unterbringung der Offiziere und Beamten, für die kein dienstliches Unterkommen vorhanden ist. Und da kann ich nicht behaupten, daß die Sache ohne Anstände abgegangen ist. Im Gegenteil, da laborieren wir noch heute daran. Zunächst, weil es nicht gelungen war, die nötige Zahl von Wohnungen bereit zu stellen. Das war aber auch nicht zu verlangen, und die Offiziere und Beamten, die es geschafft hatten, mußten sich damit abfinden.

Etwas peinlich ist die Angelegenheit in bezug auf die ungeheure Steigerung der Mietpreise, die in vielen Garnisonen eingetreten ist. Ich kann aber zu meiner Freude schon mitteilen, daß fast überall die Verhandlungen, die wir mit den Stadtwaltungen gepflogen haben, schließlich doch erfolgreich gewesen sind, und daß die schlimmsten Notstände jetzt abgeklungen sind. Die Verpflegung war überall sichergestellt. An einigen Orten, wo es nicht gelungen war, die Kocheneinrichtungen rechtzeitig zu beschaffen, haben wir durch unsere vortrefflichen Feldküchen geholfen. Es ist dadurch gelungen, die Notwendigkeit auf Naturalquartiere zurückzugreifen, zu vermeiden. Der Gesundheitszustand des Heeres ist in dieser ganzen Zeit vortrefflich gewesen und auch geblieben. (Beifall.) Das Jahr 1913 ist ein Rekordjahr auf diesem Gebiete. Es bietet einen neuen glänzenden Beweis für die vortreffliche Tätigkeit unseres Sanitätskorps. (Lebhafter Beifall.) Die größten Schwierigkeiten hat die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung gemacht.

Ich bin dadurch nicht überrascht worden. Denn die Bestellungen sind erst in den ersten Tagen des Juli vom Ministerium ausgegangen und dann erst von den Intendanturen bearbeitet worden. Sie sind also verhältnismäßig spät an die Fabrikanten gelangt. Außerdem handelt es sich vielfach, besonders bei den Jagern zu Pferde und bei der ganzen Kavallerie überhaupt, um Ausrüstungsstücke, um das ganze Lederzeug, deren Herstellung eine erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Trotzdem ist die Abfertigung der Bestellungen nicht wesentlich verzögert worden. Nachdem am 1. Oktober die Verhandlungen zusammengetreten waren, konnte am 6. Oktober gemeldet werden, daß auch die neuen Verbände sämtlich ausrüstungsfähig in kriegsbereitem Zustande vorhanden waren. (Lebhafter Beifall.) Sie wissen, daß ich an den Ausführungsbestimmungen, die auf Grund der Wehrevorlage getroffen sind, nicht beteiligt gewesen bin. Ich kann daher um so unbeschwerter hier aussprechen, daß die Rekruten, die von Seiten der Verwaltung, in allererster Linie von Seiten der Verwaltungsausschüssen, in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober vollbracht worden sind, geradezu musterhaft und bewundernswert sind, so daß diese Herren, die dabei beteiligt gewesen sind, die vollste Anerkennung verdienen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Es ist und bleibt unverständlich, daß Kriegsminister v. Seevingen hier im Reichstag die größte aller bisherigen Wehrevorlagen vorbringt und dann, als es sich darum handelt, die Reorganisation durchzuführen, geradezu fluchtartig das Kriegsministerium verläßt. Für den plötzlichen Wechsel gibt es nur eine Erklärung: die ganze Kriegsgeschichte, die uns hier geschildert wurde, war eitel Schwindel. (Beifall.) (Präsident Kappeler rügt diesen Ausdruck.) Und wer ist nun der Nachfolger des Herrn v. Seevingen geworden? Als sein Name zuerst genannt wurde, begegnete man einem allgemeinen Schütteln des Kopfes. (Widerstand rechts.) Niemand kannte ihn. Und hat Herr v. Falkenhahn selbst gesagt, daß er am nächsten Tage Kriegsminister werden würde? (Heiterkeit.) Die Tageskundschaft hat es berichtet, warum die Wahl auf Herrn v. Falkenhahn fiel. Er sei der Kandidat des Generalstabes gewesen und habe die Sympathien des Kronprinzen gehabt. (Unruhe rechts.) Sein Bruder sei Ober-

regierungsrat im preussischen Ministerium des Innern und habe dem Kronprinzen wiederholt Vortrag gehalten. Bei dieser Gelegenheit habe der Kronprinz den jetzigen Kriegsminister kennen und schätzen gelernt. (Unruhe rechts, Abg. Kretz: Was hat das mit dem Gehalt des Kriegsministers zu tun?) Wir sollen ihm doch das Gehalt bewilligen! (Zuruf rechts: Sie bewilligen es ja doch nicht.) Das geht Sie gar nichts an! (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Es ist Ihnen nur sehr unangenehm, daß ich hier vortreffe, was damals in Ihrer eigenen Presse über den Kriegsminister geschrieben worden ist. (Unruhe rechts.) Der Kronprinz hat bisher noch keinerlei Beweis dafür erbracht, daß er besondere Qualifikationen für die Aufgaben eines Kriegsministers besitzt. (Unruhe rechts.) Die Tatsache einer Sympathie des Kronprinzen für einen Offizier ist daher noch weniger beweiskräftig für die Qualifikation des betreffenden Herrn für die Aufgaben eines Kriegsministers. (Erneute Unruhe rechts.) So wenig der Kronprinz bisher irgend einen Befähigungsnachweis für strategisches Können abgelegt hat. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Kappeler:

Ich bitte zu dem Gehalt des Kriegsministers zu sprechen und den Kronprinzen hierbei auf dem Spiel zu lassen. (Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.)

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Ich spreche zu dem Gehalt des Kriegsministers, denn ich stelle allgemeine Betrachtungen an über den Militärstat. und alles was damit zusammenhängt. Zummal geht es auch um den Kronprinzen, denn er ist Mitglied des Offizierskorps. (Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Kappeler:

Ich bitte Sie sich meinen Weisungen zu fügen. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Unter dem neuen Kriegsminister hat sich die Politisierung der Offizierskorps und der Kampfsinn in einer Weise herausgebildet wie nie zuvor. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Kriegsanalysten, die Herren Schumann, Reim, Reichenau, Diebolt usw. wagen sich mehr als früher hervor und sie richten die schärfsten Angriffe gegen den bayerischen Ministerpräsidenten, nur weil er kürzlich einmal gesagt hat, die Kämpfer müßten nun einmal ein Ende nehmen.

In welcher Welt leben diese Offiziere, diese Generale a. D., die in der Presse zum Kriege hetzen? Wie können sie wagen, einen solchen Wahnwitz zu Papier zu bringen? Wie können sie den Julikrieg geradezu an den Doornen herbeiziehen? General Reim hat natürlich wieder besonderes geleistet. Er sagt den Krieg schon für 1915 voraus. Die altdeutschen Blätter hetzen gewisslos zum Krieg. Das ist höchster Patriotismus. Wenn aber ein Verein junger Arbeiter sich einen Vortrag über Seidenraupen halten läßt, dann schreibt ein Regiment von Schulkindern an. Die „Soz.“ labet eine schwere Schuld auf sich. Dahinter steht der General Reim, der Vater der Wehrevorlage, der in seiner Rüstungsbrunst keine Grenzen kennt. Dieses Wesen der Herren ist mehr als eine harmlose Kannegießerei. Die Gier der Rüstungsindustrie kommt darin zum Ausdruck. Das Volk hat einen tiefen Abscheu vor dem unseligen Hundstoss des Nordens. Sie verneinen aber das Volk nicht. Das Volk hört ja für Sie dort auf, wo es anfängt. Die Sozialdemokraten werden bei einem Kriege nicht zum Feind übergehen, nicht auf die Vorgetriebenen schießen. Das sind Phantasieereien. Aber die modernen Soldaten sind keine Kriegsschnecken mehr, es sind Menschen.

Der Kriegsminister rührt nicht die Hand gegen die Offiziere a. D. und s. D., gegen die Reim und Bernhardt, denn ihre Politik ist seine Politik. In Frankfurt a. M. hat der General von Schenk in einer Rede die Sozialdemokraten als „zweifelhafte Elemente“ bezeichnet. Ein Oberst in Moskau nennt die Sozialdemokraten „Schweinehunde“. Der General v. Wadenstein in Danzig behauptete, die Sozialdemokratie schüre den Haß gegen die Monarchie, den Haß gegen die Religion, den Haß gegen das Heer. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben keinen Haß gegen die Monarchie (Lachen rechts), keinen Haß gegen die Religion (Lachen), keinen Haß gegen das Heer. (Lachen.) Das ist alles dummes Geschwätz. (Der Präsident rügt den Ausdruck.) Wer das sagt, der macht dummes Geschwätz. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Treiben diese Offiziere nicht alle Politik? Das Nachrichtenamt des Kriegsministeriums treibt politische Stimmungsmache schlimmster Art. Seine Veröffentlichungen wimmeln von Beleidigungen des Reichstags. Ein derartiges Treiben müssen wir uns entschieden verbitten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Schon die erste Tat des neuen Kriegsministers, der Versuch, pensionierte Offiziere im Handel unterzubringen, bedeutet doch eine Verleumdung und Geringschätzung der Tätigkeit des Handelsgewerbes.

Die für den Heeresdienst ungeeigneten Offiziere scheinen dem Kriegsminister für Handel und Industrie noch gut genug. Der Kriegsminister hätte sich ein größeres Verdienst erworben, wenn er seine Aufmerksamkeit mehr dem am mittelalterlichen Grotzenhaften und unaussprechlichen Bestialitäten so reichen Kapitel der Soldatenmishandlungen zugewandt hätte. Zu dieser Frage wird nach mein Freund Schulz-Erfurt sprechen. Ich warte ab, ob der Kriegsminister hier wenigstens den guten Willen aussprechen wird, diesen Mißhandlungen entgegenzutreten. Die Antwort des Generalmajors v. Hohenborn auf unsere Anfrage wegen der Straßburger Vorgänge klang ungeschmeichlich: Was da, Reichstag, da hat da eine gewisse Unschicklichkeit! (Sehr wahr bei den Soz.) Dieser überhebliche Ton scheint seit dem Ausgang der bayerischen Vorgänge bei der Militärverwaltung üblich zu werden. Soll das etwa heißen, daß der Reichstag sich überhaupt nicht um die Zustände bei der Truppe zu kümmern hat? Graf v. Bismarck hat der sozialdemokratischen Presse den Vorwurf gemacht, sie schreibe bewußt die Unwahrheit. Diese unwürdige Verächtlichkeit weise ich zurück. (Vizepräsident Dr. Bausche rügt diesen Ausdruck.) (Unruhe b. d. Soz.) Einmal hat der Reichstag Energie betätigt. Das war bei den Bayern-Debatten. Damit scheint er aber den Rest seiner Energie verausgabt zu haben. Die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs würden ein sehr bedauerliches Endergebnis der Bayern-Affäre sein, wenn sie die Zustimmung des Reichstags finden. Diese Vorschriften stellen eine Mischung bestehender Gesetze, einen Bruch der Verfassung dar. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Militärbehörde kann in Zukunft die Zivilbehörde einfach „insolange äußerer Umstände“ beiseite schieben und die Zivilisten, wenn sie will, in einen Verbannungsfeld einsperren. Die Militärverwaltung springt mit dem Reichstag wie mit Schulzungen um. Das zeigt die Antwort des Bundesrats auf die Resolutionen des Reichstags zum Militärstat. Gätte der Reichstag seine Forderungen in die Wehrevorlage eingebracht, so hätte er sie durch-

sehe. Das Einjährig-Freiwilligenrecht empfinden wir als un-
rechtlich und finden dabei sehr überraschenderweise Unterstützung
beim Wehrverein. Solange das Recht aber besteht, machen wir
nach Möglichkeit Gebrauch davon. Wir fordern deshalb Aufklärung,
warum dem völlig unbefähigten Wehrer Stöcker die Berechtigung
zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst entzogen wurde. Als Grund wurde an-
gegeben, daß er wegen agitatorischer Betätigung für die sozial-
demokratische Partei die nötige moralische Qualifikation zum Ein-
jährig-Freiwilligen-Dienst verliere. (Hört! Hört! bei den Sozial.) In einem persönlichen am nicht gerichteten
Brief hat mir der Kriegsminister das noch mal mitgeteilt.
Ich empfinde diesen Brief als eine unerhörte Beleidigung
und tief verletzende Beschimpfung, obwohl ich weiß, daß der Kriegsminister damit nur eine Förmlichkeit mit
gegenüber begehren wollte. Ich habe den Brief vor meinen Kindern
verlesen, weil ich mich sonst vor ihnen schämen müßte, daß ich als
Sozialdemokrat als moralisch minderwertig hingestellt werde. Wir
meinen es mit Empörung, als minderwertig betrachtet zu
werden. Wo können Sie und insbesondere die Sozialdemokraten
den Grund nachweisen? (Abg. Reich (Kont.): Massenhaft.)
Weissen Sie und nach, wo mir geschworen vorgegangen sind? Wo
Könige geküßt und entthront wurden, ist es durch Bürgerliche ge-
schehen. Es ist unser Recht, im Rahmen des Gesetzes für eine
andere Staatsform einzutreten. Den persönlichen Kampf gegen den
Kaiser und die Monarchie überlassen wir den Konfessions-
partien. Wir sind Antimilitaristen nur in dem Sinne, als wir
eine andere Form des Heeres schaffen wollen. Was den Schorn-
stein und Gasen nach rechts, was ist uns wichtig. Wir bekämpfen
die Wehrverwaltung, weil wir für ein Volkshaus in unserer
Stimme eintreten. Wenn wir als minderwertig nicht zum Heeres-
dienst tauglich sind, dann soll man doch konsequent sein und alle
Sozialdemokraten vom Heeresdienst befreien. Das wollen Sie
freilich nicht, weil Sie sonst ein Drittel aller Soldaten
verlieren würden. (Widerpruch des Abg. Erzberger.)
Wie muß es die Liebe zum Vaterland aufheben, wenn man ein
Drittel des Heeres als moralisch minderwertig bezeichnet. Wir
bekämpfen das bestehende Heer als ein Instrument der
Klassenherrschaft und werden darin nicht erlahmen. (Bei-
fall der Sozial.)

Abg. Erzberger (Zentr.):

Das deutsche Heer ist ein Machtmittel zur Aufrecht-
erhaltung des Reiches, zur Sicherung des Weltfriedens
und zum Schutz der inneren Werte des deutschen Volkes. Es ist
nicht gegen das Volk gerichtet, sondern eine notwendige
Organisation für die Gesamtheit unseres Volkes.
Den Nutzen davon haben auch die Sozialdemokraten, ohne
daß sie freiwillig Mittel dazu bewilligen. Ein Großstaat kann mit
einem Heer nicht bestehen und seine Aufgaben nicht erfüllen.
Dieses Heer ist ein Schlagwort, das nicht in den Worten
Kampf der Dinge paßt. Die große Wehrvorlage des vorigen
Jahres war dringend notwendig. Wir wissen es zur Genüge, daß das
Heer von der Kriegsgesellschaft damals nur eine öde Schoum-
schälerei gewesen sei. Das deutsche Volk hat den Krie-
gen gelehrt, als es bereitwillig diese großen Lasten auf sich
nahm. Und in welcher kurzen Zeit ist dieses gewaltige Werk
durchgeführt worden!

Mit Stolz und Freude hat es die deutsche Nation und mit
Haltung das Ausland, daß die neue Organisation bereits am
6. Oktober durchgeführt war. (Lebhafter Beifall.) Das soll man
uns erst nachmachen! (Murmur bei den Sozial.) Ja Sie (zu den Sozial-
isten) haben ja nach diesen langen Jahren nicht einmal den Grund-
satz des Zukunftsstaates vorweisen. (Große Heiterkeit.) Die
Resolutionen, die wir beschließen, lassen sich nicht immer gleich
durchführen. Mein Baum fällt auf den ersten Streich. Und man-
ches haben wir doch erreicht und das deutsche Volk weiß seine
Reichstag dank dafür. Es ist nicht wahr, daß der dritte
Teil unserer Soldaten Sozialdemokraten sind. Das Land stellt
die meisten Soldaten und die werden Sozialdemokraten höchstens
erst später durch den Radikalisierungsprozeß. (Sehr gut! rechts u.
in der Mitte, Unruhe bei den Sozial.) Die Forderungen von
Richtungen müssen die erste Aufmerksamkeit des Kriegs-
ministeriums auf sich ziehen. (Der Kriegsminister nicht zustim-
mend.) Der Kaiserhof ist gewiß kein Volkssaal, aber was in
seiner Zeit bekannt wurde, muß doch bekannt werden. Ein
erschaffenes Unteroffizierskorps müssen wir haben, so daß die Ri-
schungen mit der Zeit reiflich verschwinden.

Die Vervielfachung der Unteroffiziere muß
fortgesetzt werden. Ältere Unteroffiziere sollten eigene Stufen in den
Rangstufen erhalten. Der Kompaniechef muß auch ersichtlich auf
die Unteroffiziere einwirken. Es ist ersichtlich, daß die Zahl der
Fehlstellen im Offizierskorps immer mehr abnimmt.
Wenn der Kriegsminister mit aller Kraft die Maßnahmen zur Ver-
mehrung des Offizierskorps verfolgt, dann wird auch
der latholische Volkssaal weit mehr Offiziersaspiranten stellen.
(Sehr richtig! im Zentr.) Auffällig ist der Mangel an Sanitäts-
offizieren. Sie müssen besser bestellt werden. Politik im
Heere wollen wir unter keinen Umständen haben. Politisierende
Offizierskorps sind ein Fluch für jede Nation. (Sehr richtig! im
Zentrum.) Der Kriegsminister muß daher auch auf der Verhinderung
des Wehrdienstes bestehen, wozu Offiziere nicht in politi-
sche Versammlungen gehen dürfen. Daher war es richtig, daß
der General a. D. mit allen seinen Offizieren an
einer Versammlung des Wehrvereins teilgenommen hat. Denn
der Wehrverein ist ein parteipolitischer Verein. (Sehr richtig!
im Zentr.) Die politisierenden Generale sollten lieber
die Finger von diesem Handwerk lassen. Dieses Auftreten
grenzt nahe an Verwundbarkeit. Sehr richtig!
im Zentr.)

Es richtet sich von selbst, wenn General Reim den bayerischen
Ministerpräsidenten in einer so pöbelhaften Weise angegriffen
hat. General Reim hat wohl geträumt, wenn er sich den Vater
des Wehrvereins nannte. Das Presseverbot beim
Kriegsministerium darf keinesfalls parteipolitisch tätig
sein oder in die Wahlkampagne eingreifen. Im übrigen sind
wir mit dem Reichsverband der deutschen Presse
ganz einig, wenn er den Wert einer solchen Einrichtung betont.
(Sehr wahr!) Die Wehrvorlage hat neuen Beweis vor dem
deutschen Roman hervorgerufen und den Volkfrieden gestört.
(Beifall.)

Abg. Hoffmann (Reichs.):

Die Wehrvorlage war eine Notwendigkeit im Interesse des
Friedens. Denn die internationalen Spannungen halten an.
Wenn wir nicht gerüstet wären, würden wir bald als Recht
zweiten oder dritten Ranges dastehen. Man kann es den Offi-
zieren a. D. nicht verdenken, wenn sie noch reich und eifrig
für das Heer eintreten. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß
die Wehrvorlage und patriotisch idealistisch (Rechts der Sozial-
isten) Es ist ersichtlich, daß die Zahl der Fehlstellen im Offizierskorps
abnimmt. Die Zukunft der Unteroffiziere muß noch mehr
geklärt werden. Die aus Anlaß des bayerischen Falles erfolgte
Neuregelung der Vorschriften über das Vorgehen des Militärs
bezieht einen Fortschritt. Die Soldatenmoral ist
schmerzlich und abnehmend. Das macht im Ausland keinen guten
Eindruck. Diese Maßnahmen sind aber kein Ausfluß des
Militarismus. Da liegt wohl eine Art Sozialismus vor, diese
Lust an Qualen. Diese Leute müssen so bald wie möglich
aus dem Heere entfernt werden. Das wird nicht schwer sein,
denn die Soldaten kennen ihre Schinder.

Dazu kommt die brutale Art mancher alten Leute, die erholt
sind, wenn einige Rekruten nicht mitkommen und wenn sie darunter
leiden müssen. In der Frage des Presseverbotes müssen
wir zu einer Verständigung kommen. (Sehr richtig!)
Es gibt doch zu denken, wie die Presse aller Parteien sich einmüht
für diese Einrichtung anzukämpfen. Die Ausnahmestellen für be-
sondere Offiziere kann sehr gut wirken. Das Kriegsministerium
ist an Haupt und Gliedern erneuert worden. Aber auch die Inter-
nen muß so ausgebildet werden, daß sie in der Lage sind, die
Riesenherrschaft der Kaiserzeit zu verjagen. Mit hungrigen
Soldaten kann man keine Schlachten schlagen. Die Stellung der
Zahlmeister läßt noch zu wünschen übrig. Dankbar erkennen wir
den frischen, energischen Geist des Offizierskorps
an, der unerschrocken an die schwierigen neuen Aufgaben heran-
getreten ist. Im deutschen Volk weiß man, daß die Wehrvorlage
notwendig war. Wir haben mit ihr das Richtige getroffen im In-
teresse des Reiches. (Beifall.)

Abg. Dombek (Volk):

Besonders die polnischen Rekruten haben unter Ri-
schungen zu leiden. Sie werden wegen ihrer Nationalität
schlechter behandelt als die anderen. Es ist eine Ungerechtigkeit,
daß bei der Wehrvorlage für die polnischen Rekruten der Gebrauch
der polnischen Sprache verboten ist. Die Militärverwaltung sollte
absehen von den Rekruten des Ostmarkenvereins, die durch strop-
fische Agitation die Verbesserung der Lage kommen lassen. Ein
Soldat ist nicht als Freiwilliger eingestellt worden, weil er, wie
es in dem Schreiben des Kommandeurs heißt, „der polnischen
Nationalität angehört“. Die Konsequenz wäre die, daß man
polnische Soldaten überhaupt nicht mehr einstellt. Die hata-
nische Dege schlägt nur uns zum Guten aus.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Rittwoch 2 Uhr: Weiterberatung

Schluß 6 1/2 Uhr.

3. Sitzung der Großherzoglichen Handelskammer Sieben für die Kreise Gießen, Alsfeld und Lanterbach.

Protokoll-Auszug

Gießen, den 27. April 1914.

Anwesend sind die Herren: Vize-Kommerzienrat Deichheim
als Vorsitzender, Kommerzienrat Grünwald als 2. Stellvert.
Vorstand, Friedberger, Thring, Kommerzienrat Klingner, Voll-
rath, Rammstedt, Kinn, Möhr, Kahl, Stammer, Vollmüller,
Ballach, Wenner, Juchacz, Dr. Jendler, Syndikus, Dr. Baderus,
wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

1. Beschränkung der Zuständigkeit der Notare.
In der ersten Kammer der Stände ist der Antrag gestellt worden,
für die Beurkundung von Immobilienveräußerungsverträgen, Ge-
sellschaftsverträgen, bei denen Immobilien vorkommen, Dupo-
theken, Grundschulden, Auflassungen in den Provinzen Starke-
burg und Oberhessen die Zuständigkeit der Notare auszuschließen.
Bom Großh. Ministerium der Justiz zu einer Neuerung darüber
aufgefordert, ob das Notariat in den rechtsrheinischen Provinzen
eine erwünschte Einrichtung sei oder ob die Amtsgerichte als Ur-
tumsinstanz dem Bedürfnisse vollkommen genügen und ob durch
die beantragte Beschränkung der Zuständigkeit der Notare nicht
etwas die Interessen der Industrie, des Handels und des Ver-
kehrs geschädigt werden würden, bezüglich die Handelskammer ein-
stimmig, sich aus folgenden Gründen gegen den Antrag auszu-
sprechen: Das freie Notariat ist im Jahre 1900 mit dem Bürger-
lichen Gesetzbuch in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg
eingeführt worden; es hat in dieser Zeit eine Entwicklung genom-
men, welche zu der Annahme berechtigt, daß es die ihm gestellten
Aufgaben bisher gut erfüllt hat, und daß es auch von den An-
gehörigen des Handels und der Industrie als eine Verlebens-
einrichtung empfunden wird. Auch würde sich der Übertragung der er-
wünschten notariellen Funktionen an die Amtsgerichte eine wesent-
liche Verbilligung des Verfahrens nicht herbeiführen lassen und
auch dem Staate nur eine geringe Einnahmevermehrung erwachsen.
Böhl aber würde in allen denjenigen Fällen, wo im Anschluß
an Immobilien- und sonstigen größeren Verträgen noch Einwil-
ligungen zu beibringen, Genehmigungen einzuholen, Erbscheine und
Abrechnungen zu erteilen sind, eine Vertiefung eintreten. Während
alle diese für die Parteien oft recht schwierigen und umständlichen
Angelegenheiten durch die Notare im Anschluß an die Verträge
ohne Schwierigkeit zur Entscheidung gebracht werden können, müßten
die Gerichte dagegen alle diese Fragen der Parteien selbst zur
Klärung überlassen, die ihrerseits dann wiederum genötigt wären,
juristischen Rat in Anspruch zu nehmen, wodurch Verzöge-
rungen, Verzögerungen und Mehrkosten unausweichlich wären.

2. Monats- und Alltagskassenausweise. Auf Grund
eines Schreibens der Handelskammer Chemnitz hat sich der Deutsche
Handelsrat zu einer Rundfrage über die Kassenführung veranlaßt ge-
sehen, die sich dadurch herausgestellt haben, daß eine immer
größere Anzahl auch kleinerer Kunden mit geringen Jahres-
umsätzen von ihren Lieferanten die regelmäßige Ausweisung von
Monats- und Alltagskassenausweisen verlangt. Dieses Verlangen hat
sich mit der Zeit immer mehr verallgemeinert, so daß dem nicht
zu leugnenden Vorteil der gegenseitigen Kontrolle der Buch-
führung auf der anderen Seite ein großer und unnötiger Auf-
wand an Zeit und Kosten als Nachteil gegenübersteht. Die Rund-
frage des Deutschen Handelsrats hat den Zweck, festzustellen, ob und
in welchem Umfang diese Kassenführung in anderen Handelskammern
besteht und wie sie sich auswirkt. Da auch im Bereiche der
Kammer derartige Kassenführung besteht, hat die Handelskammer eine
weitere Behandlung dieser Angelegenheit durch den Deutschen
Handelsrat für erwünscht.

3. Vervollständigung und Vereinfachung
des polizeilichen Meldewesens. Die Handelskammer
beabsichtigt eine Eingabe des Verbandes der Vereine Creditreform
an den Bundesrat, in welcher wesentliche Verbesserungen zur
Vervollständigung und Vereinfachung des polizeilichen Melde-
wesens gemacht werden, zu beibringen.

4. Ausmaß des Patentagententums. Veranlaßt
durch die vielen und lauten Klagen über die Ausbeutung durch un-
rechtl. Patentagenten hat das Reichsamt des Innern diese Klagen
auf ihrer Berechtigung hin geprüft und das Resultat dieser Prüfung
in einer Denkschrift niedergelegt, welche durch das Großh.
Ministerium des Innern auch den Handelskammern überreicht worden
ist und Interessenten zur Einsicht offen liegt.

5. Eisenbahnangelegenheiten. a) Die Königl.
Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. hat bezüglich des Personen-
verkehrs der Linien 227 und 228 auf der Strecke Gießen —
Fulda nach sorgfältiger Ermittlung des Verkehrsbedarfs auf den
einzelnen Stationen deren Verkehrsbedürfnis geprüft und vor-
erzählt nur die unbedeutendsten Bedürfnisse festgestellt. Aus dem entgegengesetzten
Entwurf des Sommerfahrplans für 1914 ging nun aber hervor,
daß die Königl. Eisenbahndirektion entgegen ihrer früheren Ansicht
bei dem Umlauf 227 den Aufenthalt von einer Minute auf der Sta-
tion Rufe gestrichen hat. Da nun die Verkehrsverschlechterung
von den beteiligten Kreisen als überaus nachteilig empfunden
werden muß, so hat die Kammer an die Königl. Eisenbahn-
direktion die Bitte gerichtet, bei dem Umlauf 227 den Aufenthalt
auf der Station Rufe künftighin bestehen zu lassen.

b) Der Zug P 421 (ab Weiburg 4.57 vorm., an Weiburg
5.38 vorm.) wird von einer größeren Anzahl von Arbeitern be-
nutzt, die in Betrieben beschäftigt sind, welche um 6 Uhr vormittags
beginnen. Da nun dieser Zug nur bis Weiburg geht, so müssen
die in Gießen beschäftigten Arbeiter bis 6.30 vorm. in Weiburg
warten, um erst 6.30 Uhr in Gießen einzutreffen, weshalb sie
um eine Stunde zu spät zu ihren Arbeitsstätten kommen. Da diese
unangenehme Zugverbindung von Arbeitern und Arbeitern als
großer Mangel empfunden wird, so hat die Handelskammer
bei der Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. die Durch-
führung des Zuges P 421 von Weiburg bis
Gießen für den Sommerfahrplan beantragt.

c) Auf eine entsprechende Vorstellung der Handelskammer hat
die Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. die Festsetzung
des bei den Zügen 228 und 229 auf der Strecke Gießen — Fulda
hervorgehobenen Platzmangels angeordnet.

d) Die Kammer hat den Antrag, Schellack in das Waren-
verzeichnis des Ausnahmeverzeichnisses 18 des Deutschen Sechsenber-
eins Interesse des in Kammerbezirke anhängigen Großhandels mit
Baumaterialien die Verfrachtung von ausserordentlichen Kanalisations-
positionen „Eisen und Stahl“ des Eisenartikels II beizubehalten
6. Von unterrichteter Seite liegen der Kammer noch folgende
Mitteilungen vor:

a) Das Reichsministerium hat, von dem Bestreben geleitet,
auch die süddeutsche Industrie zu den Lieferungen für die
Kriegsbedarfsmaterialien, der Handelskammer die allgemeinen
Lieferungsunterlagen sowie die Materialvorschriften der deut-
schen Kriegsmarine ausgestellt, welche von Interessenten auf dem
Bureau der Handelskammer einsehen werden können.

b) Deutsche Werksausstellung Köln, Mai 1914.

c) Internationaler Handelskongress Paris, Juni 1914.

d) Internationaler Anzeiger für Zollwesen, heraus-
gegeben von dem internationalen Bureau in Brüssel, Abonne-
mentspreis 10 Mark. Aufträge auf Abonnements sind an das Zoll-
bureau des Reichsamts des Innern Berlin W. 8, Wilhelm-
straße 74 zu richten.

f) Deutsch-amerikanischer Wirtschaftsverband e. V., Sitz Berlin,
Frankfurt, Großbritannien, Rußland, Spanien, Türkei in Asien,
Türkei in Europa.

Nähere Auskunft über vorstehende Mitteilungen wird Inter-
essenten auf dem Bureau der Handelskammer erteilt.

Dereinsnachrichten.

Der Evang. Arbeiterverein Sieben veran-
staltete am letzten Sonntag einen Ausflug nach der „Karlshöhe“.
Neben musikalischen Darbietungen wurde die Gefangenschaft
des Vereins unter Leitung von Musiklehrer Gernhard Sieben
durch mehrere gemischte und Frauen-Chöre. Ebenso trugen die
Gefangenen der eingeladenen Vereine „Eintracht“, „Fried-
ebern“ und „Liedertafel“-Chöre wesentlich zur Ver-
schönerung des Nachmittags bei.

Landwirtschaft.

— Lanter, 3. Mai. Der Frost hat dem Obst mehr ge-
schadet, als man anfänglich glaubte. Die hier namentlich in Ver-
tracht kommenden Äpfel sind sämtlich erkrankt; ebenso Mir-
bellen, Reineclauden und Weizenobst, Apfel und Zwetschen, welche
im Blüten noch etwas zurück waren, scheinen nicht so stark gelitten
zu haben und es wird eine „halbe Ernte“ zu erwarten sein.

Gesellschaft.

— Berlin, 4. Mai. Vor dem Schwurgericht hatte sich
ein Mädchen namens Charlotte Ziefeld zu verantworten, das
seinen früheren Geliebten namens Giesinger durch vier
Revolvergeschosse schwer verletz, weil er die Beziehungen zu
ihm lösen wollte. Nachdem der Obmann der Geschworenen einen
auf nichtschuldig lautenden Wahspruch verkündete, brach im Saale
ein minutenlanges Beifallstochen aus, so daß der Vorsitzende nur
mit Mühe die Ruhe wieder herstellte. Entsprechend dem Wahr-
spruch der Geschworenen wurde die Ziefeld freigesprochen.

Luftschifffahrt.

Reg. 4. Mai. Heute morgen sind 7 Flugzeuge der hiesigen
militärischen Fliegerstation zu einem Weidwaderfluge nach Darm-
stadt beim. Berlin aufgeflogen.

Dermisches.

Der ungetrene Fremdenlegation. Aus Mann-
heim, 4. Mai, wird gemeldet: Die feinerartige Behandlung des
Fremdenlegations Wohlgemut von Weiskopf, der bei
Weiskopf, die man auf Spionage und Verführung für die Frem-
denlegation zurückführen wollte, hat, wie sich herausstellte, einen an-
deren Hintergrund. Die „Neue Bad. Z.-Ztg.“ meldet hierüber,
daß Wohlgemut, der von verschiedenen vaterländischen Vereinen
als früherer Fremdenlegations als Redner gegen die Fremdenlegations
eingesetzt worden war, von einer Mannheimer Familie bedeutende
Geldmittel bekommen hat, um einen Sohn dieser Familie, der in
die Fremdenlegations eingetreten ist, zu betreiben. Die Geldmittel hat
Wohlgemut aber in Straßburg und Basel in lokaler Gesellschaft
verbraucht und daher rührte seine Verhaftung. Die Untersuchung wird
nicht vom Reichsanwalt, sondern von der Staatsanwaltschaft in
Weiskopf geführt.

Brandkatastrophen. Der Ort Leidmann in Ruh-
land ist durch eine Feuerbrunst eingeäschert worden. — In
Salpatrio brach ein Großfeuer aus, durch das ein Häuser-
viertel zerstört wurde. 40 Personen kamen in den Flam-
men um, etwa 100 erlitten Brandwunden. — Der Dampfer
„Sedlis“ meldet dratlos nach Halifax, daß er zwischen
41.27 Grad nördlicher Länge und 51.07 Grad westlicher Breite
einen brennenden Dampfer gesichtet habe. „Sedlis“
sandte Signale aus, auf die mehrere Schiffe antworteten. An Bord
des brennenden Schiffes sei kein Zeichen von Leben festgestellt wor-
den, auch seien in der Umgebung keine Rettungsboote sichtbar ge-
wesen.

Einwurf einer Brücke. Aus Albersdorf wird
gemeldet: Eine über den Fluß geschlagene Pontonbrücke
brach zusammen, als 18 Mann mit zwei Maschinengewehren
darüber marschierten. Die Leute und die Geschütze fielen
ins Wasser. Die Soldaten retteten sich ans Land. Die Ge-
schütze wurden nach mehreren Stunden aus dem Wasser
gehoben und geborgen.

Batarmörder. Die Morgenblätter melden aus
New York: Der 54-jährige General Hiram Durnes wurde
im Schlafe von seinem Sohne Chester ermordet. Es wird
angenommen, daß der Sohn die Tat in einem Anfall von
Geistesstörung verübt hat.

Völkertisch.

„Die Flotte“. Einem reichen Lebenswerk gewidmet das
Werk der „Flotte“ in seinem, dem 70. Geburtstag des Groß-
admirals von Roeder gewidmeten Jahrbuch, der besonders
an die aufopferungsvolle Tätigkeit des Jubilars um die Erhaltung
und Förderung des Flottenwesens erinnert. Eine der Illustra-
tionen gibt die kostbare Ehrenkette wieder, auf welcher die be-
zügliche Beschreibung dieser großen Vereinerung für ihren Führer zum
Ausdruck gebracht wird. Sie und andere wertvolle Gaben sind
am 23. April zu Berlin gemeinsam mit dem Hauptverbande
Deutscher Flottenvereine im Auslande überreicht worden. Eine
weitere war das Ergebnis einer Sammlung im Betrage von
155.000 Mark für das Alters- und Invalidenheim des
Flottenvereins für Seelände der Kriegsmarine und Handelsmarine,
das gegenwärtig bei Eckernförde-Bordy errichtet wird und um
dessen Zustandekommen Großadmiral von Roeder sich hohe Ver-
dienste erworben hat. Weitere Aufträge des gleichen Heiles be-
stehen in gemeinsamer Weise „Die Kaut in der Kriegsmarine“
und Handelsmarine, sowie die „Mittigen Brandstoffe in der Marine“,
zwei Gegenstände, die in neuerer Zeit auch über die Kreise der
Seefahrt hinaus Interesse erweckt haben. Ein vierter, reich-
haltig illustrierter Jahrbuch beschäftigt sich mit der Donauschifffahrt,
die besonders für Süddeutschland von immer größerer Wichtigkeit
wird. Der Verfasser lenkt in dankenswerter Weise das Interesse der
Leser auch auf jene Zeiten zurück, als nach der kriegerischen
Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft durch den Prinzen
Eugen von Savoyen, die friedliche Kolonisierung durch süddeutsche
Bauern und Handwerker einsetzte, die in dem fruchtbaren Boden
„Der große Schwabenzug“ von Müller-Guttenbrunn so trefflich
geschildert worden ist. Nachrichten aus der Marine und den
Flottenvereinen vervollständigen, wie üblich, das Heft.

— Eine vortreffliche Spezialkarte von Mexiko
hat jenen die bekannte Firma Carl Flemming A. G., Ber-
lin W. 50 und Glogau aus Anlaß der Vorgänge zwischen den
Bereinigten Staaten und Mexiko herausgegeben. Die technische
Ausführung dieser Karte ermöglicht es, da sie auch die kleinsten
Einzelheiten der Orts-, Boden-, Verkehrs- und Grenzverhältnisse
wiedergibt, sie auch zur Verfolgung der schon seit Jahren an-
dauernden inneren Unruhen zu benutzen. Der Karte ist eine aus-
führliche statistische Beilage beigegeben worden, die über alles
Grundlegende und besonders Interessierende dieses unruhigen Lan-
des orientiert. Einige Nebenarten erleichtern ferner den Gebrauch.

Dringende Mitteilung an Alle!

Ihr vortreffliches Biogen kann ich nicht dringend genug empfehlen.
so gute Dienste hat es mir und meinen Kindern geleistet. Ich
trant es zur Stärkung meiner insofern schlechter Verdauung stark
verlangerten Körper und hatte damit vollen Erfolg. Auch meinen
drei etwas schwächlichen Jüngern gebe ich Biogen, bei denen ich die
sichbare gute Wirkung ebenfalls wahrnehme, so daß es häufig im
Hausbalt verwendet wird. Clara Diering, Stettin, Bergstraße 15.
Unterstützt beglaubigt: 28. 1. 14. Richter, Rat. Notar, Biogen, das Vater-
mehrere Wochen ausreichend, 28. 3. — in Apotheken, Drogerien. 1914.